

02. November 2011

**Einführung TETRA-BOS-Digitalfunk in Bayern – Streichung der Endgeräteförderung
INFOBRIEF Nr. 15 – September 2011 - des Bayerischen Staatsministerium des Innern**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren Stadt- bzw. Gemeinderäte,

die Auseinandersetzung um das neue digitale Funksystem für Polizei, Behörden und Rettungsorganisationen TETRA-BOS-Behördenfunk zeigt von Seiten des Bayerischen Staatsministerium des Innern sehr deutlich den mangelnden Respekt vor der Eigenverantwortung der Kommunen und vor Bürgerbewegungen.

Insbesondere wird vom Innenministerium nun versucht, kritische und im Sinne des Vorsorgeprinzips handelnde Kommunen auch finanziell unter Druck zu setzen, indem diesen bei der Verweigerung eines kommunalen Grundstücks für einen TETRA-BOS-Standort die Streichung der staatlichen Endgeräteförderung angedroht wird. Dies kann nur als Nötigung bzw. Knebelung bezeichnet werden. Dabei beruft sich das Innenministerium auf eine sogenannte "Finanzierungsvereinbarung zu den Betriebskosten". Wir empfehlen allen betroffenen Kommunen, diese Finanzierungsvereinbarung beim Innenministerium anzufordern bzw. einzusehen und/oder über die kommunalen Spitzenverbände einsehen zu lassen, um die rechtliche Grundlage der Streichung zu überprüfen. Eine Verknüpfung zwischen der Bereitstellung der Grundstücke und der Förderung der Endgeräte, so Dr. Uwe Brandl vom Bayerischen Gemeindetag, sei in den seinerzeitigen Verhandlungen über Kostenbeteiligungen zum Aufbau des digitalen Funknetzes weder beabsichtigt noch vereinbart gewesen.

Viele Bürger landesweit sind vor allen Dingen sehr besorgt darüber, dass staatliche Behörden die möglichen Gesundheitsgefahren, die von elektromagnetischer Strahlung ausgehen können, verharmlosen oder generell ignorieren. Das Vorsorgeprinzip spielt - gerade auch beim TETRA-Projekt - zu keinem Zeitpunkt eine Rolle. Die Belastung mit elektromagnetischer Strahlung ist bereits jetzt, durch die flächendeckende Versorgung mit Mobilfunk, sehr hoch. Angesichts der möglichen Langzeitwirkungen könnte nun TETRA mit Permanentstrahlung, hoher Durchdringung und biologisch evtl. besonders wirksamer Pulsung eine neue Dimension von "Burnout" bewirken, und das für ein völlig überteuertes System, das seit Jahren einen echten Tauglichkeitsnachweis für ein derart komplexes Großnetz schuldig bleibt.

Am 12.10.2011 hat jetzt die Europäische Umweltagentur (EUA), eine Organisation der Europäischen Union mit 32 Mitgliedsländern, zur aktuellen Debatte zum Thema Mobilfunk Stellung genommen. Die EUA empfiehlt, „dass sich die politischen Entscheidungsfindungen gemäß dem Vorsorgeprinzip ausrichten sollten. Obwohl unser Wissen darüber (Gehirntumor-Risiko) bislang noch unvollständig ist, bedeute dies im umgekehrten Fall jedoch nicht, dass sich die politisch Verantwortlichen davon abhalten lassen dürfen, hierfür geeignete Präventionsmaßnahmen zu ergreifen“.

Zunehmend macht sich bei Kommunalvertretern und Bürgern das Gefühl breit, dass das Innenministerium wesentliche neue Erkenntnisse ignoriert und die vielen Runden Tische allein der Beschwichtigung sowie dem Zeitgewinn für die Standortbeschaffung dienen, insbesondere in den weniger informierten Regionen.

Die Verfechter des Systems TETRA, in Bayern das Bayerische Staatsministerium des Innern bzw. hier federführend die Projektgruppe DigiNet,

- (1) wollen zentrale Kritikpunkte an diesem System nicht thematisieren (TETRA-Funk = bei längerem Stromausfall Rückschritt gegenüber dem Analogfunk)
- (2) hinterfragen zu keiner Zeit die jahrelang unerfüllten Versprechen der Lieferfirmen (Beispiel Alarmierung, Verbindungssicherheit in Städten)
- (3) stören sich scheinbar nicht am Fehlen von elementarem Projektmanagement (Rollout ohne Meilensteine der Tauglichkeit; bisher z.B. kein bestandener Stresstest mit allen Hierarchieebenen)
- (4) wecken falsche Hoffnungen (Probetrieb München: „nur Installationsschwierigkeiten“) und betreiben auch weiterhin unrealistische Planung (siehe Schreiben der kommunalen Spitzenverbände vom 28.06.2011)

- (5) nutzen mutwillig geschaffene Sachzwänge zur Herstellung vermeintlicher Alternativlosigkeit (Vernachlässigung des Analognetzes incl. Endgeräte)
- (6) schaffen vollendete Tatsachen ohne Rücksicht auf Steuergelder (autarke Senderstandorte, nun kooperiert man aber doch freiwillig mit dem Vodafone-Sendernetz)
- (7) verbreiten mit staatlicher Autorität falsche Behauptungen (z.B. „keine Analogfunkgeräte mehr“)
- (8) versprechen allgemeine Transparenz, bieten diese jedoch dann überwiegend nur in Kommunen mit Opposition gegen TETRA-Sender (kein Standortverzeichnis, heimliche Inbetriebnahme vieler Sender im Raum München)
- (9) diffamieren ehrenamtlich um sachliche Aufklärung bemühte Bürger (Staatssekretär Gerhard Eck: „organisierte Störer“, „ideologisch motivierte Digitalfunkgegner“)
- (10) liefern zu aktuellen und konkreten Fragen aus den Kommunen veraltete und substanzarme Textbausteine (z.B. zum Thema Schutzwirkung der ICNIRP-Grenzwerte)
- (11) ignorieren in unverantwortlicher Weise neueste wissenschaftliche Erkenntnisse und Warnungen hochrangiger internationaler Gremien, die das Vorsorgeprinzip dringend einfordern (Resolution 1815/2011 des Europarats vom 27.5.2011, Resolution WHO vom 31.05.2011).

Alle angesprochenen Punkte können für jede, auch journalistische, Recherche ausführlich belegt werden.

Umso wichtiger ist es nun, dass sich weder Sie, als verantwortlich handelnde(r) Bürgermeisterin/ Bürgermeister bzw. Gemeinderätin/-rat, noch die besorgten Bürger, von den Drohungen des Innenministeriums bzw. der Projektgruppe DigiNet in ihrem Vorgehen einschüchtern lassen. Wenn Kommunen und Bürger auch weiterhin ihre berechtigte Kritik äußern und entsprechende Beschlüsse fassen, dann kann das breite Begehren in Bayern zum Erfolg führen. Mit vielen Moratoriums-Beschlüssen und Standortablehnungen von Kommunen kann die weitgehend auf Fehlinformationen beruhende Zustimmung aller Parlamentsfraktionen in Frage gestellt werden.

*„Ein Politiker darf nicht nur, er muss seine Einstellung verändern,
wenn es einen neuen Erkenntnisstand gibt.“*

Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) im Bayerischen Landtag
zu seiner Kehrtwende in der Energiepolitik

Das Projekt TETRA betrifft alle bayerischen Kommunen. Für einen technisch tauglichen, sicheren und gesundheitlich unbedenklichen Rettungsfunk, dessen Finanzierung und Einführungszeitraum auf gesicherter Basis steht, empfehlen wir deshalb, wie bereits in unserem Schreiben vom 26.09.2011 vorgeschlagen, wirksam und fair die Forderung nach einem landesweiten Moratorium zu beschließen:

„Solange nicht die technische Tauglichkeit und Sicherheit des Funksystems nachgewiesen sowie die gesamte Finanzierung und gesundheitliche Unbedenklichkeit von Digitalfunk-Sendern und -Endgeräten für Anwohner und Einsatzkräfte aufgezeigt werden können, lehnen wir Senderstandorte auf unserem Gemeindegebiet ab.

Wir bitten das Staatsministerium des Innern auf Bundesebene zu fordern, das Projekt „TETRA-BOS-FUNK Deutschland“ auf einen unabhängigen und öffentlich transparenten Prüfstand zu stellen und bei der Klärung der Mängel und Risiken auch Alternativen zu untersuchen. Während des grundsätzlich ergebnisoffenen Moratoriums soll der teure Ausbau von Standorten in der Fläche ausgesetzt werden.“

Zu den sachlich falschen Aussagen des Bayerischen Staatsministerium des Innern im INFOBRIEF Nr. 15 im Anhang unser offener Brief vom 02.11.2011 an StMI Joachim Herrmann sowie unser Fragenkatalog zu TETRA-Digitaler BOS-Funk (Stand 25.10.2011), der vom Innenministerium bzw. der Projektgruppe DigiNet bisher überwiegend unbeantwortet ist. Weitere Informationen finden Sie unter www.landesverbaende.diagnose-funk.de/bayern/ und www.tetra-moratorium.de

Für Fragen und Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Trudi Christof **Dr. -Ing. Hans Schmidt**
Sprecher Diagnose-Funk e.V. Landesverband Bayern

Anhang: Fragenkatalog zu TETRA – Digitaler BOS-Funk (Stand 25.10.2011)
Offener Brief an StMI Herrmann zu den sachlich falschen Aussagen im INFOBRIEF Nr. 15